

H2 - 29. 11. 1997

Insel vor Gericht

Keine Entscheidung zur „Kisselwörth“ möglich

red. NACKENHEIM - Nach einem Treffen mit Nackenheimer Vereinsvertretern auf der Rheininsel Kisselwörth hatte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Hagemann gegenüber Umweltministerin Klaudia Martini und Regierungspräsident Rainer Rund dafür stark gemacht, daß auf der Insel mehr Veranstaltungen als die bisher vier pro Jahr genehmigten stattfinden sollen. Insbesondere im Sommer sollte der Fährbetrieb häufiger als bisher möglich sein.

Ministerin Martini hat zwischenzeitlich auf das Schreiben des SPD-Abgeordneten geantwortet. „Da das Verfahren gerichtsanhängig ist, kann zur Zeit keine abschließende Stellungnahme erfolgen“, schreibt sie. „Es ist bedauerlich, so MdB Hagemann, „daß

ein Gerichtsverfahren notwendig geworden ist, obwohl die Gemeinde Nackenheim auf alte Zusagen der Bezirksregierung verweisen kann, die eine stärkere Nutzung der Insel durch Nackenheimer Vereine vorsahen.“ Bei seinem Gespräch mit Vereinen und der Nackenheimer SPD-Fraktion hat Hagemann von DLRG-Mitgliedern erfahren, daß sich die Entscheidung aus Neustadt negativ auf die Arbeit vor Ort auswirkt und Aktivitäten einschränkt. Eine Renovierung des DLRG-Vereinsheimes muß bis zur Gerichtsentscheidung zurückgestellt werden. Die Nackenheimer betonten, daß nur ein kleiner Abschnitt der Insel von Menschen betreten und genutzt werde. Hagemann sicherte auch weiterhin seine Unterstützung zu.